

Änderungsantrag zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Neustadt am 24. Juni 2020

Die Anträge 6.1 & 6.2 werden ersetzt:

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Ortsbeirat spricht sich für eine Umbenennung der Pfitznerstraße aus. Die Verwaltung wird gebeten, bei der Findung eines neuen Straßennamens die Anwohner*innen in angemessener Art und Weise (bspw. durch eine Anwohner*innenversammlung) zu beteiligen. Die Umbenennung soll nach Möglichkeit bis Ende dieses Jahres durch den Ortsbeirat beschlossen werden.

Der Ortsbeirat spricht sich für eine Umbenennung des Hindenburgplatzes sowie der Hindenburgstraße aus. Die Verwaltung wird gebeten, einen geregelten Prozess, der die Bürgergesellschaft, Expert*innen und Anwohner*innen sowie den Ortsbeirat angemessen beteiligt, in die Wege zu leiten.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, eine Umbenennung des 117er Ehrenhofes zu prüfen. In diesem Zusammenhang soll ebenfalls geprüft werden, inwieweit der Platz einschließlich der Denkmäler städtebaulich aufgewertet und damit eine intensivere, kritische Auseinandersetzung mit seiner Historie ermöglicht werden kann.

Im Zuge der Auseinandersetzung können auch weitere Straßennamen, etwa die Adam-Karrillon-Straße, diskutiert werden. Dabei sollte im Blick behalten werden, dass nicht allein die Biografie des Namensgebers entscheidend sein muss, sondern ebenso der historische Kontext der Namensvergabe oder der Rang der Straße im Stadtgefüge zur Kriterienbildung herangezogen werden können.

Begründung:

Die Mainzer Neustadt steht für Vielfalt, Toleranz und ein friedliches Miteinander. Wir beziehen mit aller Entschiedenheit Position gegen Rechtsextremismus, Nationalismus und die Relativierung von Kriegsverbrechen. Von dieser Position aus wollen wir zu einem mutigeren Umgang mit historisch belasteten Straßennamen beitragen. Diese kritisch in den Blick zu nehmen, über ihre Geschichte aufzuklären und dabei auch eine Umbenennung nicht zu scheuen, bedeutet die aktive, bürgerschaftliche und demokratische Fortschreibung unserer Stadtgeschichte.

Im Zuge der Diskussion um die 2012 erfolgte Umbenennung des Hindenburgplatzes in Münster betonte der Historiker Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer: „Erinnerung bedeutet auch immer Auswahl. Zwar kann sich niemand durch Verdrängung oder Entsorgung einer unliebsamen Vergangenheit aus der Geschichte verabschieden; aber er kann sich entscheiden, welche Akteure und Handlungen der Vergangenheit für ihn erinnerungswürdig sind und welche nicht.“ Da die in dem vorliegenden Antrag behandelten Straßennamen zum Zeitpunkt ihrer Vergabe explizit als Ehrungen verstanden wurden, sehen wir in diesem Sinne die Zeit gekommen, diese

Ehrung zu entziehen und Straßennamen zu finden, mit denen sich auch künftige Generationen in positiver Weise verbinden können. Gerade die Umbenennung der Hindenburgstraße böte dabei – wie im Fall der Stadt Darmstadt, deren Magistrat sich nach ausführlicher Beratung jüngst für eine Umbenennung ausgesprochen hat – die Chance, eine Hauptstraße beispielsweise nach einer bedeutenden weiblichen Persönlichkeit zu benennen.

Der Mainzer Stadtrat hat 2011 die Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“ eingerichtet, deren Aufgabe es war, historisch belastete Straßennamen zu überprüfen und dem Stadtrat eine Empfehlung zum Umgang mit diesen Benennungen zu unterbreiten. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe liegt inzwischen vor. Der jüngst unterzeichnete Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP beinhaltet das Vorhaben, den mit der Einsetzung der Arbeitsgruppe begonnenen Prozess fortzuführen und bei Benennungen mit erheblicher NS-Belastung Umbenennungen herbeizuführen.

Im Fall der Pfitznerstraße stimmte die Arbeitsgruppe bei einer Gegenstimme mehrheitlich für eine Umbenennung. Der Komponist Hans Erich Pfitzner, der 1894 für wenige Jahre in Mainz als Kapellmeister tätig war, warb seit einer ersten Begegnung im Jahr 1923 unablässig um die Anerkennung Adolf Hitlers, den er als „größte Hoffnung“ Deutschlands bezeichnete und tief verehrte. Als öffentliche Person warb er bei den so genannten „Wahlen“ und „Volksabstimmungen“ ab 1934 für die Unterstützung der Politik Hitlers, ab 1936 gehörte er dem Reichskultursenat an. Noch 1944 verfasste er einen Beitrag für das geplante Buch „Wir stehen und fallen mit Adolf Hitler“ mit entsprechenden Loyalitäts- und Durchhalteparolen. Pfitzner war lange vor 1933 und auch nach Kriegsende Rassist und überzeugter Antisemit. Im Juni 1945 äußerte er in seiner „Glosse zum II. Weltkrieg“, Hitler habe mit dem Versuch, alle Juden aus Europa zu entfernen, richtig gehandelt, und schrieb dazu: „Das Weltjudentum ist ein Problem & zwar ein Rassenproblem, aber nicht nur ein solches, & es wird noch einmal aufgegriffen werden, wobei man sich Hitlers erinnern wird & ihn anders sehen, als jetzt.“

Verwickelter ist die Geschichte des 117er-Ehrenhofs. Dieser Platz, der heute auch den Schüler*innen des benachbarten Gymnasiums als Aufenthaltsort dient, war ursprünglich nach dem Naturforscher, Schriftsteller und Revolutionär Georg Forster (1754–1794) benannt. Den Nationalsozialisten war diese Ehrung des Protagonisten der Mainzer Republik ein Dorn im Auge, weshalb sie den Platz 1933 nach dem SA-Sturmbannführer Horst Wessel benannten. Kurz darauf wurde auf diesem Platz das Ehrenmal für das 1919 aufgelöste „3. Großherzoglich Hessische Infanterie-Regiment Nr. 117“ eingeweiht. Zwei Jahre zuvor war die Errichtung dieses Ehrenmals bei einer Veteranenfeier in Mainz beschlossen worden, an deren feierlichem Zug durch die Stadt auch uniformierte NS-Verbände teilnahmen und bei dem „Juda verrecke!“-Rufe ertönten. Die Feierlichkeiten zur Einweihung des Ehrenmals, das auch als Demonstration gegen den als Schmach empfundenen Versailler Vertrag gedacht war, wurden von den Nazis inszeniert, um öffentlichkeitswirksam Einheit mit den alten Herrschaftseliten zu demonstrieren. Im Nachgang der Einweihung des Ehrenmals wurde der Platz abermals umbenannt, diesmal in „117er Ehrenhof“. Mit Blick auf die Genese der Namensgebung plädierte die Arbeitsgruppe mit 4 gegen 3 Stimmen und bei einer Enthaltung (knapp) gegen eine Umbenennung, allerdings erscheint der eng an NS-Biographien orientierte Kriterienkatalog in diesem Fall auch nicht ganz passend. Seit 2016 informiert vor Ort eine Tafel über den ursprünglichen Namensgeber Forster und die Benennung des Platzes. Gleichwohl bleibt damit die Besetzung des gesamten Platzes mit militaristischer Propaganda und Feier deutschen Großmachtstrebens intakt. Die Probleme gehen über den Namen des Platzes noch hinaus. Der Zustand des „117er-Ehrenhofs“ mit der defekten Brunnenanlage des raumgreifenden Ehrenmals, Müllansammlung und temporär aufgestellten Containern ist auf lange Sicht nicht mehr hinnehmbar. Wird man sich in

Zukunft dieses zentralen Platzes mit schönem alten Baumbestand annehmen, steht man jedoch vor einem Dilemma: Inwiefern ist es vertretbar, einen Ort explizit revisionistischer, nationalistischer und kriegsverherrlichender Symbolik in Stand zu setzen bzw. „aufzuhübschen“ – und welche Form von Aufenthaltsqualität sollte das ergeben? Hier wäre deshalb nicht nur über eine mögliche Umbenennung oder ‚Rückbenennung‘ in Georg Forster-Platz zu diskutieren, sondern vor allem auch darüber, eine zukunftsweisende Perspektive für eine kritische Nutzung und Umgestaltung des Platzes zu entwickeln, der sich noch dazu direkt vor einem altherwürdigen humanistischen Gymnasium befindet. Dabei wäre darauf zu achten, auch die Erinnerung an die ursprüngliche Benennung nach Georg Forster präsent zu halten.

Auch im Fall von Hindenburgstraße/Hindenburgplatz votierte die Arbeitsgruppe nicht einstimmig gegen eine Umbenennung. Begründet wurde dies mit dem Hinweis auf den Kriterienkatalog, der sich allerdings bei Hindenburg allein deshalb nicht umfänglich anlegen ließ, weil Hindenburg ein Jahr nach der Machtergreifung verstarb. In der Begründung ist zudem davon die Rede, Hindenburgs „hohes Ansehen“ sei bei der von Goebbels inszenierten Eröffnung des neu gewählten Reichstags 1933 „instrumentalisiert und vereinnahmt“ worden. Die 2007 erschienene, äußerst umfangreiche Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta zeichnet hingegen ein anderes Bild, das sich inzwischen zwar in der Geschichtswissenschaft, vielleicht aber noch nicht in der öffentlichen Wahrnehmung Hindenburgs durchsetzen konnte. Pyta nahm den nationalen Mythos Hindenburg gründlich auseinander und arbeitete dessen aktives Hinwirken auf die Zerstörung der Weimarer Republik sowie die von ihm erfolgreich betriebene Selbstmythologisierung heraus (siehe Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, Berlin 2007). Das Bild des Reichspräsidenten Hindenburg als altersseniles Opfer fremder Einflüsterer ist von der Forschung widerlegt. Als Akteur im eigenen Interesse setzte er Hoffnung in ein Bündnis mit Hitler und manövrierte sich selbst in die Situation, ihn schließlich zum Reichskanzler zu ernennen. Hindenburg legitimierte, so Hans-Ulrich Thamer, bis zum Ermächtigungsgesetz die NS-Politik der Verfolgung und Zerstörung der Rechtsordnung durch seine Notverordnungscompetenz und nahm bis zu seinem Tode 1934 die Etablierung der NS-Gewaltherrschaft hin. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 durch Reichspräsident Hindenburg verlieh dieser am Tag von Potsdam, den Eröffnungsfeierlichkeiten zum neu gewählten Reichstag am 21. März 1933, Hitler die Anerkennung der monarchistisch-konservativen Kreise. Nach dem Urteil des Hindenburg-Biographen Wolfram Pyta stellt der Tag von Potsdam „den endgültigen Durchbruch im persönlichen Verhältnis Hindenburgs zu seinem neuen Reichskanzler“ dar. Hindenburg habe nun zunehmend in Hitler „die optimale Besetzung für die Leitung einer Regierung der ‚nationalen Konzentration‘“ gesehen und sich anerkennend über Hitler geäußert. Hindenburg begann nun immer mehr, in Hitler seinen geeigneten Nachfolger zu sehen.

Hindenburg ist zwar als Reichspräsident des Übergangs zum NS-Regime, Propagandist der Dolchstoßlegende und Antidemokrat nicht zu leugnender Teil der deutschen Geschichte, aber: Er gehört eindeutig nicht mehr zum Kreis derer, auf die wir uns traditionsbildend berufen wollen. Zahlreiche Städte (darunter Kiel, Münster, Darmstadt, Lübeck) haben in den vergangenen Jahren daraus ihre Schlüsse gezogen und Hindenburgstraßen wie Hindenburgplätze umbenannt. Dabei war zurecht unerheblich, ob die Straße erst im Zuge der NS-Umbenennungsfeldzüge ab der Machtergreifung nach Hindenburg benannt wurde oder ob dies bereits vorher geschah, um den Weltkriegsgeneral Hindenburg zu ehren. In Mainz hieß die von Kreyßig angelegte Prachtstraße zunächst Bonifazius-Straße und wurde während des Ersten Weltkriegs zu Ehren von Hindenburg umbenannt. Wir haben jetzt die Chance, an dieser zentralen Achse im öffentlichen Raum ein Zeichen zu setzen gegen stumpfe Hinnahme alles ‚Althergebrachten‘ und eben nur vermeintlich ‚Naturgegebenen‘ – und für eine anhaltende *kritische* Auseinandersetzung mit der Geschichte!

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Marco Neef und Clara Wörsdörfer

Für die Fraktion DIE LINKE
Sigi Aibel und Carmen Maurer

Für die Fraktion SPD
Erik Donner und Carolin Oldenstein